



Für die Partei der Arbeiterklasse kandidieren auch Studenten: denn die arbeitende Bevölkerung und die Studenten haben einen gemeinsamen Gegner: das Großkapital. Unser Foto zeigt Beate Landefeld, DKP-Bundestagskandidatin im Hamburger Wahlkreis Eimsbüttel, als Vorsitzende des AStA Uni Hamburg auf der zentralen vds-Veranstaltung im vollen Audi max.

Parteien-Hearing des vds: Nur die DKP unterstützt die Forderungen der Studenten

KEINE STIMME VERSCHENKEN DKP WÄHLEN

Als Höhepunkt der bundesweiten Aktionen gegen die materielle Misere an den Hochschulen, die gegenwärtig vom vds durchgeführt werden, fand am 9.11. im vollen Audi-Max der Hamburger Universität ein zentrales hochschulpolitisches Hearing statt. Gestanden waren die 5 zur Wahl stehenden Parteien CDU, CSU, FDP, SPD und DKP. Doch lediglich FDP und DKP stellten sich den brennenden Fragen und Forderungen der Studenten-delegationen aus der ganzen BRD.

Die SPD-Führung lehnte aus fadenscheinigen Termin-Gründen ab. Der vds dagegen fand heraus, daß ein bildungspolitischer Sprecher der SPD durchaus bereit war, vor der Studentenschaft zu sprechen; die Baracke schob ihm einen Riegel vor. Die CSU will in einem Brief an den vds ihre Haltung erläutert haben. Das Schreiben ist aber nie angekommen, ein Durchschlag existiert nicht und Autor samt Sekretärin sind nicht auffindbar. Das stärkste Stück aber lei-



Die Plätze für CDU und SPD blieben leer. Den Fragen des vds stellten sich nur Gerd Deumlich für die DKP und Dr. Kirchner von der FDP.

stete sich die CDU. Durch Langguth, den Vorsitzenden des abgewirtschafteten RCDS ließ Barzel mitteilen, er setze sich nicht mit einer undemokratischen Organisation wie dem vds an einen Tisch. Wer sagt, der vds sei undemokratisch, sagt, die westdeutsche Studentenschaft sei undemokratisch. Allerdings weiß aber diese Studentenschaft, was vom Demokratieverständnis von CDU/CSU/RCDS zu halten ist, wenn sie mit Neonazis paktieren, wenn sie als einen ihrer fünf Hauptfeinde die Gewerkschaften bezeichnen, wenn sie verkünden: "Wenn wir an der Macht sind, machen wir kurzen Prozess an den Hochschulen." Ausgerechnet diejenigen, die verantwortlich sind für die immer unerträglicher werdende Situation an unseren Schulen und Hochschulen, weigern sich, zu ihrer entgegengesetzten Wahlverspre-

chungen bildungsfeindlichen Politik zu stehen und beleidigen 10 Tage vor der Wahl die über 400.000 Studenten, die vom vds repräsentiert werden.

Was aber dennoch in Form einer Dokumentation von bildungspolitischen programmatischen Aussagen der fehlenden Parteien vorgetragen wurde, bewies: Die CDU/CSU Regierung hat in 20 Jahren die Misere begründet; eine SPD/FDP-Regierung war in dreijähriger Amtszeit weder fähig noch willens, hier grundlegende Veränderungen zu schaffen. Das kam auch in den Äußerungen des FDP-Vertreters zum Ausdruck, der die Fragen des vds zum großen Teil unzureichend und ausweichend beantwortete, so z.B. die zentrale Frage der Bildungsfinanzierung: auf absehbare Zeit werde der Rüstungsetat zugunsten der Bildung nicht gesenkt werden können, auch wenn durch die Verträge von Moskau und Warschau hier die Voraussetzungen geschaffen worden seien. Die einzige Partei, die der Studentenschaft befriedigende Antworten geben konnte, war die Deutsche Kommunistische Partei durch ihren Vertreter Kurt Deumlich, Mitglied des Präsidiums der DKP.

Er machte deutlich: Allein die DKP - setzt sich für tatsächliche Priorität der Bildung ein. "Erforderlich ist eine Anhebung der Bildungsausgaben noch über die im 'Bildungsbericht' geforderten 8 % des Bruttosozialprodukts." - sagt, woher das Geld hierfür genommen werden soll: Senkung des Rüstungsetats um jährlich 15 % und höhere Besteuerung der Konzern-Profiten.

- kämpft gegen den materiellen und sozialen numerus clausus, von dem in erster Linie die arbeitende Bevölkerung und ihre Kinder betroffen sind.

- Kämpft für die Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen und die Verstärkung des Einflusses der Gewerkschaften in allen Fragen von Forschung und Lehre.

- kämpft für sofortige Aufhebung der verfassungswidrigen Berufsverbotsbeschlüsse und die Wahrung der politischen Rechte der verfaßten Studentenschaft. Diese Aussage Gerd Deumlichs und die Zustimmung, die sie bei den anwesenden Studenten aus der ganzen BRD fanden, bewiesen einmal mehr die Richtigkeit der Aussage des MSB Spartakus zur Wahl: "Jede Stimme für die DKP zählt für unsere eigenen Interessen. Wir Studenten brauchen eine starke DKP."

Auf dem Podium der Hamburger Veranstaltung diskutierten Vertreter des DGB, der GEW, BAK, des Bundes demokratischer Wissenschaftler und des vds. Sie alle haben sich eindeutig und scharf gegen eine erneute Regierungsübernahme durch die CDU/CSU ausgesprochen und haben deutlich gemacht, daß nur der gemeinsame Kampf gegen diese reaktionärsten Kräfte die Voraussetzung für Verbesserungen nicht nur im Bildungsbereich schafft.

Gemeinsam gegen CDU!



Hinrich Feddersen
DGB-Jugend:



Professor Reinhard
Kühnl
Bund Demokratischer
Wissenschaftler:



Dr. Harro Plander
GEW:

Die SPD/FDP-Regierung hat ihre Versprechen nicht gehalten. Für die arbeitende und lernende Jugend kam unterm Strich wenig heraus.

Die Bildungsmisere hat ihre Ursache in der ausschließlichen Profitorientierung unseres Wirtschaftssystems. Dennoch muß festgestellt werden, daß es einen Unterschied zwischen der SPD und CDU-Bildungspolitik gibt; man braucht nur die Bundesländer Hessen und Bayern oder Schleswig-Holstein zu vergleichen. Wenn die CDU wieder an die Macht kommt, müssen alle Hoffnungen auf Verbesserungen auch in anderen Bereichen für lange Zeit begraben werden.

Die gegenwärtige Regierung hat lediglich den Mangel verwaltet. Sie ist weitgehend vor den CDU-Forderungen zurückgewichen, z.B. bei den, wie wir auch sagen, verfassungswidrigen Berufsverbotbeschlüssen.

dumme Sprüche...

Kommen wollte die SPD nicht. Dennoch hält ihre Führung die vds-Fragen für so wichtig und knifflig, daß sie in der Bundestagsfraktion Spickzettel mit "Argumentationshilfen" hierzu verteilt. Und dennoch hält sie die zentrale vds-Veranstaltung für so wichtig, daß sie dort aufwendiges Werbematerial verteilt: Außer manipulierten Zahlen auch einige dumme Sprüche. Beispiel: "Frage: Warum gibt es immer noch zu wenig Lehrer? Antwort: Wer mehr Lehrer will, muß dafür sorgen, daß mehr Lehrer ausgebildet werden." Aha! Darum der numerus clausus und seine Zementierung im Staatsvertrag. Schlagzeile in der "Welt": "Dohnanyi: Mit der Bildungspolitik sind keine Stimmen zu gewinnen".



Aktiver Wahlkampf des SPARTAKUS für die DKP an den Hochschulen - nicht nur um Prozentzahlen, sondern für die eigenen Interessen!

Bildungsfragen sind Machtfragen

KURZE AUSZÜGE AUS DEM BEITRAG DES PRÄSIDIUMSMITGLIED DER DKP, GERD DEUMLICH AUF DEM PARTEIEN-HEARING DES VDS AM 9. NOVEMBER

Die Forderungen des vds sind Forderungen der fortschrittlichen Öffentlichkeit. Die DKP hat nicht nur schon 1970 Vorschläge für ein demokratisches Bildungswesen und für eine demokratische Hochschulreform vorgelegt, sie hat auch in der Praxis die fortschrittlichen Studenten überall dort unterstützt, wo diese den Kampf für bessere Studienbedingungen und demokratische Lehrinhalte aufgenommen haben. Die DKP würde die Forderungen der demokratischen Studentenbewegung auch im Parlament vertreten, sie ist die einzige Partei, die in der Lage ist, den parlamentarischen Kampf mit den Massenaktionen der demokratischen Kräfte zu verbinden. Bildungsfragen sind Machtfragen, und kein noch so detaillierter und präziser Bildungsplan würde automatisch eine Lösung erbringen. Die Herrschaft der Monopole wird immer wieder zu neuen Widersprüchen führen. Die Lösung liegt in der Verbindung des Kampfes um eine demokratische Hochschulreform mit dem politischen Kampf der Arbeiterklasse, der arbeitenden und lernenden Jugend und auch der Lehrenden. Die DKP erklärt unmißverständlich, daß erst und nur der Sozialismus mit seinem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem die Lösung der Grundprobleme in Bildung und Wissenschaft ermöglicht. Die DKP sagt ganz klar, daß die notwendigen Mittel für die Reformen nur im harten Kampf dem Großkapital abgerungen werden können. Wer statt dessen eine Bildungssteuer propagiert oder von Erhöhung der Massensteuer spricht, der schützt die Profite und greift wieder einmal dem kleinen Mann in die Tasche.

Die DKP sieht es als eine der vordringlichsten Kampfaufgaben an, jeglichen nc zu beseitigen. Als ersten Schritt fordert die DKP die Zurücknahme des verfassungswidrigen Staatsvertrages über den nc.



Die Arbeiter- und Bauernkinder müssen volle Chancengleichheit im Zugang zu den Hoch- und Fachhochschulen erhalten, und dies nicht um den Preis der Aufgabe ihres Klasseninteresses. Die Brechung des Bildungsprivilegs der Herrschenden ist notwendiger und wesentlicher Bestandteil der Zurückdrängung und Überwindung der Monopolmacht, der

Öffnung des Weges zum Sozialismus.

Berufsverbote und jetzt auch schon Ausbildungsverbote, werden auf all jene angewendet, die sich mit den Verhältnissen in der BRD nicht passiv abfinden wollen; sondern für Reformen und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in der BRD eintreten. Die von CDU/CSU, FDP und SPD befürworteten Berufsverbote treffen alle fortschrittlichen Kräfte, seien sie Kommunisten, Sozialdemokraten oder Unorganisierte. Gegen die Berufsverbote hilft nur der organisierte Kampf. Deshalb fordert die DKP alle auf, sich politisch zu organisieren, den Gewerkschaften beizutreten, Mitglied der DKP zu werden. Mit den Berufsverboten geht der Versuch einher, die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen, sie durch den Entzug der materiellen Basis ausbluten zu lassen, die Organe der Selbstverwaltung politisch zu entmündigen. Die DKP läßt keinen Zweifel daran, daß der Arbeiterklasse, der arbeitenden und studierenden Jugend kein Stück demokratischen Fortschritts von den herrschenden Kreisen geschenkt wird. Grundlegende demokratische Umgestaltungen, auf welchem Gebiet auch immer, können nur im harten Kampf gegen die wirtschaftliche und politi-

Kommunisten gehen den Dingen auf den Grund. Wissenschaftlich. Sie kennen die Ursachen der Mißstände und wissen, wie man sie beseitigt. Sie haben ein klares Zukunftsbild und verlieren ihr Ziel nicht aus dem Auge: den Sozialismus.

sche Allmacht des Großkapitals erungen werden, sie können nur das Werk gemeinsamer Aktionen aller sozialistischen und progressiven demokratischen Kräfte sein. Die DKP sieht eine demokratische Hochschulreform in erster Linie als eine Aufgabe der Arbeiter und Angestellten im Kampf um die Zukunft ihrer eigenen Kinder als Aufgabe der Arbeiterorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften. Sie ist überzeugt davon, daß die Schüler und Studenten, die Assistenten und Dozenten, die den Kampf um eine demokratische Hochschule bereits aufgenommen haben, in ihren Bestrebungen umso erfolgreicher sein werden, je enger sie sich mit der Arbeiterbewegung verbinden.



Bildung sei kein Wahlkampfthema, sagte Bundeswissenschaftsminister Dohnany. Dennoch sah er sich gezwungen, auf die vds-Kampagne gegen den materiellen Bildungsnotstand zu reagieren. Dauch der Versuch, die Misere zu rechtfertigen, schlug fehl.

So lautet die Begründung für die Zulassungsbeschränkung im Fach Medizin:

"Die Zahl der Studienplätze in diesem Fach ist aber wegen der hohen Studienplatzkosten in allen Staaten beschränkt." (Schreiben von Dohnany an den vds) Kein Wort in diesem Zusammenhang vom Ärztemangel, von den unzumutbaren Arbeitsbedingungen vieler Ärzte.

Kein Wort über fehlende Vorsorgeuntersuchungen für die Bevölkerung. Kein Wort über die fehlenden Betriebsambulatorien.

Im Interesse der Arbeiterklasse liegt die schlechte medizinische Versorgung bestimmt nicht.

Gegen die "hohen Studienplatzkosten" haben vor allem die Herren der Industrieunternehmen und Banken, die Großkapitalisten etwas.

Für sie ist nur eine Medizin wichtig, die den Arbeiter gerade arbeitsfähig hält - denn die Arbeiter sollen ja den Reichtum schaffen, den sich die Besitzer der Großkonzerne aneignen.

Die großen Monopole, vor allem die Rüstungsmonopole sorgen dafür, daß ihnen der Löwenanteil des Staatshaushalts in ihren profitgierigen Rachen geworfen wird. Deshalb müssen die Bildungsausgaben beschnitten werden. Deshalb der NC-Verewigungs-Staatsvertrag.

Eine Politik, die die Macht der Monopole nicht antasten will, kann deshalb nichts gegen den nc tun.

Demonstration vor dem Hamburger Untersuchungsgefängnis gegen die Abschiebung arabischer Kommilitonen. (Bild rechts)

Abschiebe-Terror geht weiter

Was von den Phrasen der gegenwärtigen Bundesregierung von Demokratie und Freiheit zu halten ist, zeigt nicht zuletzt die immer noch anhaltende Welle von Ausweisungen arabischer Kollegen und Kommilitonen. Willkürlich, unter Verletzung der UNO-Menschenrechtscharta und mit vollkommen haltlosen Begründungen unter unmenschlichen Bedingungen läßt Genscher weiter abschieben; der gleiche Genscher, der scheinheilig im Fernsehen erklärt, allein die Mitgliedschaft in der Generalunion Palästinensischer Studenten



GuPS führe nicht zur Ausweisung, und sein Hamburger Amtskollege Ruhau von der SPD haben die folgenden letzten Fälle zu verantworten:

Ausweisungsbefehl: Adman Farhat alleiniger Grund: GUPS- Mitglied

Ausweisungsbefehl: Said Al Nibris alleiniger Grund: GUPS - Mitglied

Ausweisungsbefehl: Ahmed Audi alleiniger Grund: GUPS -Mitglied

Nicht genug, daß unsere arabischen Kommilitonen Tag und Nacht bespitzelt werden, oft versucht der Verfassungsschutz auch, sie für seine schmutzige Arbeit anzuheuern. Der Student Abu Abdu lehnte ab - Folge: Ausweisung!

Einige der gefährdeten arabischen Studenten setzen jetzt ihr Studium in der Deutschen Demokratischen Republik fort. In mehreren Städten ihrer Heimatländer fanden aus diesem Grund bereits Demonstrationen für die Anerkennung der DDR statt.

rote blätter

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73. Verantwortlich: Hartmut Schulze. Druck: Poggensee, Hamburg

Grosse Koalition der Misere

RICHARD STÜCKLEN (CSU):

"Stoppt die roten Fahnenräger an den Universitäten. Wir müssen diese Kräfte eliminieren-andere Studenten warten schon lange auf ihre Studienplätze."

ARTIKEL 107 DES ENTWURFS FÜR EIN BAYERISCHES HOCHSCHULGESETZ:

"(5) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die Studentenschaften und ihre Organe aufgelöst. Vermögen, über das eine Studentenschaft im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes verfügungsberechtigt ist, wird Vermögen der Hochschule; es ist für studentische Zwecke zu verwenden."

BAYERN KUMI MAYER:

"Man müßte vom Anspruchsrecht auf Bildung herunterkommen. Einen pädagogischen Nulltarif kann es nicht geben."

DOHNANYI:

"Zur Ausbildungsförderung gehört es z.B. nicht, wenn man ein Automobil unterhalten will und nach Mallorca müssen nicht alle im Sommer hinfahren."

NRW-KUMI RAU:

"Eine eigenständige Interessenvertretung der Studenten ist ... entbehrlich."

DOHNANYI:

"Die Redensart von den Monopolprofiten, die unsere Bildungsreform finanzieren könnten, sollten wir selber als unqualifizierte Rosttäuschertricks entlarven."

"Die Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalt ist demagogisch."

Demagogie?

DREI SÄTZE AUS DEN "BILDUNGSPOLITISCHEN VORSTELLUNGEN DES DGB"

"Der DGB lehnt eine Bildungsreform ab, die lediglich eine rationellere Vermittlung ökonomisch verwertbaren Sachwissens anstrebt."

"Darin (im Bildungsnotstand) wird offenbar, daß zwischen den Interessen der Gemeinschaft und den auf eine private Ge-

winnmaximierung ausgerichteten Interessen ein Widerspruch besteht."

Eine auf Entspannung gerichtete Politik muß dazu führen, daß bisher für Rüstung und Rüstungsforschung benötigte Mittel dem Ausbau der Infrastruktur und besonders dem Bildungswesen zur Verfügung stehen."